

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 63 (1971)

Heft: 10

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

von diesem Fonds erstellten Haus eine preisgünstige Wohnung zu beziehen. Auf diese Weise könnten dem genossenschaftlichen Wohnungsbau neue Impulse verliehen werden und es wäre möglich, einen wirksamen Beitrag zur Lösung des Wohnungsproblems zu leisten. Eine Frage taucht allerdings bei den bis jetzt praktisch verwirklichten Projekten der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand immer wieder auf: jene nach der Berechtigung des Zwangssparens. Tatsächlich beruhen diese Vermögensbildungspläne zumeist auf dem Prinzip, dass es dem Arbeitnehmer während einer gewissen Sperrfrist nicht möglich ist, über sein auf Grund von Investivlohnplänen gespartes Vermögen frei zu verfügen. Ohne dieses Zwangselement wäre es wohl kaum möglich, eine aktive Vermögenspolitik zu betreiben, da sonst der grösste Teil der Ersparnisse innerhalb eines verhältnismässig kurzen Zeitraumes wieder in den Konsum fliessen würde. Die vermögenswirksamen Leistungen, wie sie in den Tarifverträgen der IG Bau Steine Erden und der IG Metall verankert sind, unterliegen einer Sperrzeit von fünf Jahren. Vorbehalten bleiben Härtefälle und akute Notlagen. Da bei keinem dieser Verträge schon fünf Jahre verstrichen sind, kann man noch nicht sagen, in welchem Masse die Rückzugsmöglichkeiten ausgenützt werden.

Den Gegnern der Sperrfrist, die darin eine ungerechtfertigte Beeinträchtigung der persönlichen Rechte der Arbeitnehmer sehen, kann man ausser den bereits erwähnten ökonomischen Fakten auch den Umstand entgegenhalten, dass die vermögenswirksamen Bestimmungen der Tarifverträge von der grossen Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder gebilligt werden.

Ohne den Konsensus der Mitgliedschaft wäre es einer Gewerkschaft gar nicht möglich, derart langfristige Projekte wie die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand überhaupt zu verwirklichen.

Dr. Markus Schelker, Basel

Zeitschriften-Rundschau

Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung

In den vom Deutschen Gewerkschaftsbund monatlich herausgegebenen «*Gewerkschaftlichen Monatsheften*» (Nummer 8) findet sich ein Beitrag von Hans Matthöfer MdB über die immer bedrohlicher werdende internationale Kapitalkonzentration, der besonders in Gewerkschaftskreisen beachtet werden sollte. An dieser Stelle soll nun der Versuch gemacht werden, die wichtigsten Ueberle-

gungen und Zahlen in gekürzter Form wiederzugeben.

Schon heute verfügen nur noch die wenigsten der 150 Nationalstaaten über ein grösseres Produktionspotential als das grösste USA-Unternehmen (General Motors) allein. 1968 erzielten 6000 Konzerne einen Weltumsatz von 1 Billion Dollar. Zukunfts berechnungen ergeben, dass dieser Umsatz 1976 bereits von 600 Konzernen und 1984 von 60 der grössten allein gemacht werden wird. Im Durchschnitt wird jedes dieser Globalun-

ternehmen mehr als eine Million Menschen beschäftigen. Eine andere Aufstellung führt zum Schluss, dass 1989 32 Weltunternehmen etwa 50 Prozent des Bruttosozialproduktes der gesamten nichtkommunistischen Welt kontrollieren werden. War eine nationale Regierung bisher nicht oder kaum in der Lage, auf die Massnahmen der Grossunternehmen (die ja in mindestens drei Erdteilen «zu Hause» sind) Einfluss auszuüben, so blieb ihr doch noch ein Feld für autonome Politik, besonders hinsichtlich der Währung und des Aussenhandels. Schon heute deutet vieles darauf hin, dass die multinationale Verankerung der Weltunternehmen auch diese Teilautonomie weitgehend aufhebt. Ein Regierungsplan kann also durch eine Entscheidung zunichte gemacht werden, die ein Weltunternehmen-Vorstand 8000 km entfernt trifft. Konkret ausgedrückt heißt das beispielsweise: Was gut für die USA ist, bestimmen die General Motors. Die heutigen Möglichkeiten der Globalunternehmen, auf dem Welt-Schachbrett Regierungen und Gewerkschaften nach eigenen Bedürfnissen auszumanöverieren, übertreffen alles Dagewesene. Es ist bereits jetzt keine Seltenheit mehr, dass eine Regierung einem Weltunternehmen gegenüber mehr als Bittsteller denn als Verhandlungspartner auftreten muss. Wie problematisch dieser Kampf einzelner Staaten gegen die Macht der Konzerne ist, zeigt Matthöfer am Beispiel Frankreichs, an Hand einer Bemerkung des ehemaligen Wirtschaftsministers Debré: «Wenn wir bei uns amerikanische Investitionen verhindern, werden sie anderswo, einige Kilometer von unserer Grenze entfernt, getätig; wegen der sinkenden Zölle innerhalb der EWG werden die Produkte dann nach Frankreich geliefert und verkauft, ohne dass wir von der Produktion profitiert haben.»

Nachdem der Autor aufgezeigt hat, wie machtlos Regierungen heute schon gegenüber diesen Konzernen sind und einige Zukunftsperspektiven in seine Be trachtungen einbezogen hat, formuliert er gewisse Alternativüberlegungen: Partner der Konzernherren sind nicht Regierungen, sondern die Produzenten (Arbeiter und Angestellte) und die Konsumenten. Es kommt also darauf an, die ge-

werkschaftliche Gegenmacht zu organisieren. Leider sind Matthöfers Vorschläge über das «Wie» angesichts der ungeheuren Problematik naturgemäß noch sehr rudimentär.

Der Neofaschismus in Italien

In einem der Hauptaufsätze der September-Nummer der «*Frankfurter Hefte*» befasst sich Lily E. Marx mit dem «Neofaschismus in Italien». Es geht der Autorin darum, in realistischer Weise an Hand jüngster Geschichte und Gegenwart die Gefahren der «Sozialen Bewegung Italiens» (MSI = Movimento Sociale Italiano), wie der offizielle Titel der neofaschistischen Partei lautet, zu deuten. Dass diese Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen, davon zeugen allein schon die Wahlen vom vergangenen Juni, als in Italien Gemeinde-, Provinzial- und für Sizilien Landeswahlen stattfanden. Die MSI konnte ihrem Stimmenanteil auf 13,98 Prozent gegenüber 8,43 Prozent im Jahre 1970 verbessern.

Die MSI wurde bereits 1947 gegründet und war im Zeichen des Antikommunismus ein Sammelbecken der Agrarier und Grossgrundbesitzer des Südens sowie eines Teils des kleinen Bürgertums, jener Gruppen also, die sich durch die Reformbestrebungen des demokratischen Italien in ihrer sozialen Position bedroht fühlten. Immer wieder waren es reaktionäre, intransigente, konfessionelle Gruppen der christlich-demokratischen Mehrheitspartei, die dem MSI Gelegenheit gaben zu einer Expansion, die in keinem Verhältnis zu dem spezifischen Gewicht der neofaschistischen Partei stand. Auch gewisse nationalistische Momente gaben dem MSI einen gewissen Auftrieb, so der Kampf um Triest und der Konflikt im Tirol.

In den Jahren 1962 bis 1967 sank das MSI fast zur Bedeutungslosigkeit herab. Ihre Voraussagen hatten sich als unwahr erwiesen. Die «Offnung nach links» und die Koalition der Christdemokraten mit den Sozialisten hatten nicht den Umsturz bedeutet, der in Rechtskreisen prophezeit worden war. Die Neofaschisten verloren in diesen Jahren 90 Prozent ihrer jugendlichen Anhänger. Eine neue Wende für das MSI trat 1967 ein, als der Ansturm der Studenten gegen

das «System» begann. Im Namen eines «modernen Antimarxismus» wurde aufgerufen zum Kampf gegen die «Horden der Langhaarigen», gegen die «Parteien, die Krebskrankheit der Nation», gegen die «Abdankung» des weissen Herrenmenschen. Im Rahmen dieser Entwicklung spielen auch die paramilitärischen Organisationen eine immer grössere Rolle. In getarnten Feriencamps werden neofaschistische Rekruten ausgebildet, in vorstädtischen Lokalen werden «Prügler» und «Gorillas» für die Tagesgage von 5000 Lire angeheuert usw.

Lily E. Marx ist aber bestrebt, trotz der alarmierenden Details, die Gefahren des Faschismus in Italien nicht zu überwerten. In ihren Schlussbetrachtungen geht sie den Gründen des Stimmungsumschwungs vieler MSI-Wähler nach. Allerdings ist ihr Hauptargument – «Es war die Antwort, die Reaktion, auf eine Welle des linken Terrorismus, auf die Ausschreitungen der ausserparlamentarischen Linken» – nicht hieb- und stichfest, ist dies doch seit Jahrzehnten auch die Klischeeantwort jedes Reaktionärs.

Hinweis

Dem Sport im allgemeinen und der Olympiade im besonderen gilt die Aufmerksamkeit von Heft 4 des in München erscheinenden «*kürbiskern*». Besonders eindrücklich sind die aufgezeigten Probleme und Verpflichtungen, welche durch die Uebernahme der Olympischen Spiele 1972 auf die bayerische Metropole zukommen. War ursprünglich für diese Spiele ein Budget von rund 520 Mio Mark vorgesehen, rechnet man heute mit einer Endsumme von annähernd 2 Mia Mark. Die Wohnungsnot in München wächst von Monat zu Monat. Nach Angaben des statistischen Landesamtes verteuerte sich der durchschnittliche Preis für Rohbauland während eines Vierteljahres um 40,9 Prozent. Baufirmen steigerten ihre Preise bis zum Mai 1970 um 34 Prozent. Betrachtet man all die in «*kürbiskern*» wiedergegebenen Zahlen und die diversen Auseinandersetzungen zur Problematik des Olympiagedankens überhaupt, so wird man neugierig auf den nacholympischen Münchner Katzenjammer.

Otto Böni